Morgen-Ausgabe

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Jahrgang 224

Nr. 15a

Bezugspreis: monatlich 2 G.-M., bei 2maliger Zustellung 2,60 G.-M., ausschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen nehmen amtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. – Höhere Gewalt entbindet den Verlag von der Lieferung. Zeitungsabbestellungen werden nur bis zum 25. des Vormonates angenommen.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile 15 Pfennig. Kleine Anzeigen 8 Pfennig. Familien-Anzeigen 6 Pfennig. Stellengesuche 5 Pfennig. Die 3 gespaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pfg. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale. Für Platzvorschriften u. telephonisch übermittelte Inserate übernehmen wir keine Garantie

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62 — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 7 Uhr an Redaktion 25 609 u. 25610 — Postscheckkonto Leipzig 20 512.

Mittwoch, 19. Januar 1927

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag u. Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Vor der Entscheidung

Immer noch keine Regierung!

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 18. Januar. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Entscheidung in der Regierungsbildung, wenigstens soweit sie prinzipieller Natur ist, nun endlich morgen, Mittwoch, fallen wird. Der geschäftsführende Reichskanzler Dr. Marx hat, wie bekannt, heute mittag mit dem Grafen Westarp eine Besprechung gehabt, in der die

Absage der Deutschnationalen an eine Minderheitsregierung

deutlich genug formuliert wurde. Wir glauben allerdings, daß die „Germania" im Interesse der von ihr betriebenen Linkspolitik den Ton dieser Absage verschärft, wenn sie behauptet, daß Graf Westarp auch eine Kombination, die dem ersten Kabinett Luther mit verteilten Rollen ähnlich sehen würde, von vornherein zurückgewiesen habe. Wir glauben im Gegenteil zu wissen, daß es das Ziel der Deutschnationalen ist,

klare Mehrheitsverhältnisse

zu schaffen, ein Ziel, das auch im Bestreben des Reichspräsidenten und anderer nicht unwichtiger Parteien des Reichstages liegt. Herr Dr. Marx dürfte darüber, was die Bayerische Volkspartei anbelangt, durch seine Unterredung mit dem Abg. Leicht Klarheit gewinnen können. Fest steht auf jeden Fall, daß

die Bayern jeden Gedanken der Großen Koalition von vornherein ablehnen

und im Hinblick auf die Scheidemannrede ebenso wie die Deutsche Volkspartei eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nicht wünschen.

In der Wirtschaftspartei, deren Vertreter heute von Berlin abwesend waren und die deshalb zu der vorgesehenen Konferenz mit Marx nicht erscheinen konnten, herrscht die gleiche Auffassung. Unter diesen Umständen müßten die Sozialdemokraten schon bereit sein, ihren Abg. Scheidemann scharf zu desavouieren und auch sonst Garantien geben, daß die Reichswehr in keiner Weise mehr angetastet wird, wenn eine irgendwie geartete Zusammenarbeit mit diesen Parteien der Mitte ermöglicht werden sollte. Der Fraktionsvorstand der Sozialdemokraten konnte sich zu einem solchen Entgegenkommen nicht verstehen und ging ohne Entschluß auseinander, um der weitaus radikaler eingestellten Fraktion morgen früh die Entscheidung zu überlassen. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, daß der Fraktionsbeschluß erweisen wird, daß die

Sondierungen Marx' ergebnislos verlaufen

sind. Im Büro des Reichspräsidenten hat sich Dr. Marx noch nicht zum Bericht angemeldet, so daß gegebenenfalls mit einer neuen Fühlungnahme mit den Deutschnationalen zu rechnen ist. Im Reichstag war heute nachmittag das Gerücht verbreitet, das auch vom „Vorwärts" als Tatsache wiedergegeben wurde, daß vom Zentrum an die Deutsche Volkspartei die Mitteilungi ergangen wäre, daß das Zentrum alle Mitteilungen über eine Absage, evtl. an der Reichsregierung teilzunehmen, als falsch bezeichnet. Eine solche Mitteilung ist nicht gemacht worden und man nimmt an, daß auch der Zentrumsvorstand, der in später Stunde erneut zu einer Besprechung im Reichstag zusammengetreten ist, keinen dahingehenden Beschluß faßt.

Reichskanzler Dr. Marx empfing heute abend nach einer Sitzung des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes noch einmal den Abg. Müller-Franken zu einer kurzen Besprechung, in der aber der Abgeordnete keinerlei weitere Mitteilungen mehr machte, da die wichtige Entscheidung erst die morgige

Fraktionssitzung der Sozialdemokraten

bringen wird. Außerdem trat der Vorstand der Zentrumsfraktion noch zu einer kurzen Besprechung zusammen. Im Anschluß an die Besprechung Marx-Müller wurde folgendes Kommuniqué herausgegeben: „Das Zentrum setzt mit besonderem Nachdruck die bisherigen Bemühungen um das Zustandekommen einer Regierung der Mitte fort. Alle gegenteiligen Ausstreuungen sind durchsichtige Tendenzmeldungen."

Die gestrigen Besprechungen zur Regierungsbildung

Berlin, 18. Januar. Reichskanzler Dr. Marx setzte am heutigen Nachmittag seine Bemühungen um die Lösung der Regierungskrise in weiteren Besprechungen fort. Um 5 Uhr besprach er sich mit dem Führer der Bayrischen Volkspartei, dem Abgeordneten Leicht. In den jetzigen Besprechungen handelt es sich um die Ueberprüfung der Voraussetzungen, die für die sozialdemokratische Fraktion für eine wertvolle Unterstützung einer Regierung der Mitte maßgebend sind. Die Entscheidungen über das Ergebnis der bisherigen Besprechungen liegen bei den einzelnen Fraktionen, die am Mittwoch Sitzungen abhalten werden. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat in seiner Aussprache über die politische Lage am heutigen Nachmittag Beschlüsse nicht gefaßt.

Das amtliche Kommuniqué über die gestrigen parlamentarischen Verhandlungen

Berlin, 18. Januar. Das amtliche Kommuniqué über die heutigen Besprechungen zur Regierungsbildung lautet: „In Fortführung der gestrigen Verhandlungen über die Bildung einer Regierung der Mitte empfing Reichskanzler Dr. Marx am heutigen vormittag zunächst den Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Grafen Westarp, zu einer eingehenden Aussprache. Im Anschluß hieran erörterte er die politische Lage mit dem Führer der Bayrischen Volkspartei, Prälaten Leicht. Eine weiterhin beabsichtigte Besprechung mit der Wirtschaftspartei konnte noch nicht stattfinden, da die beiden Fraktionsvorsitzenden gegenwärtig von Berlin abwesend sind.

Der Kampf um Briand

Das Kabinett soll Farbe bekennen

Paris, 18. Januar. Nach der Bekanntgabe des offiziellen Kommuniqués über die Sitzung des Versailler Militärkomitees hat das Interesse für die deutsch-französischen Verhandlungen nachgelassen. Entgegen den geflissentlich aufgebauschten Nachrichten über die ablehnende Haltung des Komitees stellte der Quai d'Orsay fest, das Militärkomitee sei der Auffassung, daß die deutschen Vorschläge zwar das Bestreben erkennen ließen, zu einer Einigung zu gelangen, daß aber die Vorschläge in der jetzigen Form nicht voll befriedigten. Die deutsche Botschaft teilt darüber hinaus mit, daß neue Besprechungen stattfinden, in denen General Pawelsz mit einem Beauftragten des Militärkomitees eine persönliche Einigung versuchen werde. Dank dieser Erklärungen ist es gelungen, auch der französischen Oeffentlichkeit gegenüber die Verhandlungen wieder in sachliche Bahnen zu leiten und die hetzerische Begleitmusik für eine Weile zum Schweigen zu bringen.

Drei andere Dinge sind es nunmehr, die die französische Oeffentlichkeit auf das stärkste beschäftigen: der heute vormittag stattgefundene

Ministerrat,

in dem Briand Erklärungen über die deutsch-französischen Beziehungen abgegeben hat, der Brief Poincarés an Malvy, in dem der Ministerpräsident mitteilt, daß die Vereinigten Staaten niemals auf eine Beschleunigung der Ratifikation des Washingtoner Abkommens gedrängt hätten, und der Besuch des Botschafters der Vereinigten Staaten, Herrick, bei Poincaré. Dem Ministerrat wird darum so große Bedeutung beigemessen, weil vielfach vermutet, ja von verschiedenen Seiten die Hoffnung ausgesprochen würde, daß sich

das Kabinett endlich zu einer klaren Stellungnahme gegenüber Briand und seiner Politik

entschließen werde. Das nach der Sitzung herausgegebene Kommuniqué gibt freilich hierüber keinerlei Anhaltspunkte. Die Gegnerschaft gegen Briand im Schoße des Kabinetts scheint ständig in Umfang und Leidenschaft zuzunehmen, so daß Briand heute nur noch auf Painlevé zählen kann. Wenn es hart auf hart geht, werden nicht nur die politisch rechtsgerichteten Minister, wie Marin, Tardieu, Barthou und vor allem Poincaré, sondern auch der linksstehende Minister Herriot, der sich gerne als Nachfolger Briands am Quai d'Orsay sehen würde, sich von Briand abwenden. Daß übrigens in letzter Zeit auch der „Quotidien" die Briandsche Politik scharf kritisiert hat, dürfte nicht, wie vielfach vermutet worden war, auf den Gesinnungswechsel Herriots zurückgehen, vielmehr ist dieses Blatt kürzlich vom Comité des forges aufgekauft worden.

Noch rechnete man mit der Möglichkeit, daß der Ministerrat auch heute wieder die Gegensätze überbrücken werde, aber man zweifelt daran, daß eine Entscheidung sich auf die Dauer hinausschieben läßt. Die Stimmen werden immer lauter, die eine

Entscheidung über die französische auswärtige Politik aus dem engen Rahmen des Ministerrates in das Plenum der Kammer

verlegt sehen wollen, damit die Kammer selbst entscheide, ob die Mehrheit des Volkes hinter Poincaré oder hinter Briand steht. Mit um so größerer Spannung sieht man deshalb dem Kabinettsrat entgegen, der am Donnerstag, und dem Ministerrat, der am Freitag stattfinden soll, nachdem Briand am Donnerstag in der Auswärtigen Kommission der Kammer gesprochen haben wird.

Die Kampagne gegen die Rheinlandräumung geht weiter

Paris, 18. Januar. Im „Echo de Paris" nehmen heute erneut zwei Senatoren das Wort, um gegen eine vorzeitige Rheinlandräumung Sturm zu laufen. Der Vizepräsident des Senats und zweite Vorsitzende der linksrepublikanischen Föderation, Hervey, erklärt, daß Verhandlungen über die Räumung ein Betrug, ja sogar ein Verbrechen wären. Die Notwendigkeit des Verbleibens der Besatzungstruppen im Rheinland begründet Hervey nicht nur mit den deutschen Verfehlungen, sondern auch mit dem Fehlen eines französischen Verteidigungssystems an der Grenze. Der zweite Artikel, der von Bourgeois, dem Mitglied der Heereskommission des Senats stammt, gipfelt in dem Satz: „Eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes bedeutet die Auslieferung der Schlüssel unseres Hauses."

Preußischer Landtag

Berlin, 18. Januar. Der preußische Landtag trat am Dienstag zu seiner ersten diesjährigen Vollsitzung wieder zusammen. Der Präsident gedachte zunächst des Ablebens des Vizepräsidenten Garnich, dessen Platz Abgeordneter Hallensleben eingenommen hat.

Abg. **Kuttner** (Soz.) polemisiert vor Eintritt in die Tagesordnung gegen die Kommunisten wegen angeblicher Munitionslieferungen Rußlands für die Reichswehr. Nach Eintritt in die Tagesordnung verweist das Haus ohne Aussprache einen Antrag der Regierungsparteien zur Linderung der Notlage im Waldenburger Industriegebiet dem Ostausschuß. Der kommunistische Redner begründete sodann einen Initiativgesetzentwurf auf Amnestierung der proletarischen politischen Gefangenen. Hierbei unternimmt der Redner heftige Angriffe gegen die Justiz. Der Entwurf wird dem Rechtsausschuß überwiesen. Der kommunistische Antrag auf Zurückziehung der Verordnung über die Maßnahme der gewerblichen Räume aus der Zwangswirtschaft wird dem Hauptausschuß überwiesen. Sodann wird die Vorlage, die 300 000 Mark für den weiteren Ausbau der Anstalt zur Erforschung von Tierseuchen auf der Insel Riems (Pommern) darlehnsweise zur Verfügung stellt, dem Ausschuß überwiesen.

In der weiteren Aussprache erkannte ein Vertreter der Regierung die von verschiedenen Rednern betonte Notwendigkeit an, höhere Mittel zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche zur Verfügung zu stellen. Der zur zweiten Beratung stehende Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur verstärkten Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen wird nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen.

Abg. **Heesen** (Dem.) hatte darauf hingewiesen, daß in Schleswig-Holstein jeder Landarbeiter so gestellt sei, daß ein gesunder Nachwuchs gesichert sei. In dritter Lesung nimmt das Haus dann den Gesetzentwurf an, der die Geltungsdauer des Wohnungsbaugesetzes vom 28. März 1918 bis zum 31. Dez. 1928 verlängert, in der Erwartung, daß mit dem Erlaß des neuen Städte-Baugesetzes das gesamte Wohnungsgesetz außer Kraft gesetzt werde.

Eine Vorlage, die die Staatsregierung ermächtigt, zwecks Aufrechterhaltung der Eisenindustrie in Oberschlesien, über den Betrag von rund 18,9 Millionen darlehnsweise zu verfügen, wird dem Hauptausschuß überwiesen. Die Beratung einer Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben der preußischen Landwirtschaftskammern und die von diesen erhobenen Umlagen wird unterbrochen. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 12 Uhr.

Dr. Geßlers Antwort an Dr. Koch

Berlin, 18. Januar. Die Antwort des Reichswehrministers Dr. Geßler auf den Brief des demokratischen Parteivorsitzenden Minister a. D. Koch, in Zusammenhang mit dem bekannten Artikel des Generals Reinhardt über den Heeresersatz lautet:

„Sehr geehrter Herr Koch! In Erwiderung auf Ihr Schreiben vom 10. d. M. beehre ich mich Ihnen folgendes mitzuteilen: Die Frage des Heeresersatzes beschäftigt seit Monaten die deutsche öffentliche Meinung auf das Lebhafteste. Zahlreiche Federn — sachverständige und andere — haben sich mit der politischen und technischen Seite des Problems beschäftigt. — Der Chef der Heeresleitung hat zur Klärung Berichte der verantwortlichen Befehlsstellen eingefordert. Auch General Reinhardt hat einen solchen Bericht erstattet. Da er sich hierbei auch mit der politischen Seite der Werbung befaßte, wurde ich ersucht, die Veröffentlichung zu gestatten. Ich habe diese Genehmigung erteilt, ohne an dem Artikel irgendeine Zensur zu üben. Zunächst aus grundsätzlichen Erwägungen. Ich wollte in einer Frage von der größten Bedeutung für die Entwicklung des Heeres nicht die Armee mundtot machen, sondern auch sie selbst sprechen lassen. Denn er stammt von einem Offizier, dem, wie Sie wissen, jener Mißbrauch der Reichswehr zu verfassungswidrigen oder reaktionären Zwecken fernliegt. Ihm liegt vielmehr die Herstellung der Volksgemeinschaft in den Fragen der nationalen Verteidigung ganz besonders am Herzen. Er wird auch in weiten Kreisen der Linksparteien zu den Führern der Reichswehr gerechnet, die dem neuen Staate gegenüber aktiv und positiv eingestellt sind. Dadurch bekommt sein Bericht als Stimmungsbild aus der Reichswehr eine besondere Bedeutung, seine unveränderte Veröffentlichung erschien mir deshalb aus staatspolitischen Gründen richtig. Daß dabei die Erörterung parteipolitischer Verhältnisse sich nicht vermeiden ließ, lag in der Natur des Themas, da ja der Reichswehrwerbung einseitige politische Tendenz vorgeworfen wird.

Daß der Artikel nicht ohne Widerspruch bleiben würde, war mir klar. Denn der Soldat stellt aus seinem Berufsethos heraus an die Vertretung des Wehrgedankens Ansprüche, die der Politiker nicht immer erfüllen kann, die er aber in dem Kampf um die Seele der Reichswehr nicht außer acht lassen darf. Der Artikel hebt ausdrücklich hervor, daß der Verfasser der Auffassung ist, daß die Angehörigen der Linksparteien selbstverständlich wie die Verfassung so auch die Grenzen ihres Vaterlandes mit voller Hingebung verteidigen werden. Aber er ist der Auffassung, daß in der Pflege dieser Ideale in der Haltung ihrer Parteien Widersprüche und Lücken bestehen, die in der Armee das Bild erzeugen, das er geschildert hat. Diese Auffassung ist mir selbst oft entgegen getreten. Soweit ich konnte, habe ich mich bemüht, sie auf das berechtigte Maß zurückzuführen, indem ich allen Heeresstellen alljährlich die amtlichen Berichte über die Reichstagsverhandlungen zum Heeresetat zugehen ließ. Dadurch ergibt sich ja die grundsätzliche Stellung der Demokratischen Partei in dem Sinne einwandfrei, wie Sie in Ihrem Briefe hervorheben. Daneben gibt es aber sehr viele Aeußerungen in der Oeffentlichkeit, und zwar von Leuten, die sich als besonders berufene Interpreten republikanischer und demokratischer Weltanschauung ausgeben, die eine absolut entgegengesetzte Einstellung ergeben. Und Ihre

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192701192-16/fragment/page=0001

eigenen Ausführungen auf dem Parteitag in Breslau, die Sie in Ihrem Brief zitieren, sind ein Beweis dafür. denn sie wurden ja zur Bekämpfung von Strömungen im Lager der deutschen Demokratie notwendig, die vielleicht keine große Gefolgschaft haben, aber sehr laut auftreten und in einflußreichen Organen zu Worte kommen. Daraus erklärt sich, daß Stimmungen und Auffassungen, wie sie im Artikel des Generals Reinhardt zum Ausdruck kommen, immer wieder neue Nahrung finden. Sie haben an der temperamentvollen Darstellung dieser Stimmung in dem Aufsatz scharfe Kritik geübt, aber ich weiß bestimmt, daß Sie irren, wenn Sie glauben, eine Verunglimpfung der demokratischen Parteiführer habe im Sinne des Verfassers gelegen. Mir kam es darauf an, durch eine offene Aussprache zu einer Klärung und zur Verständigung zu kommen, und ich würde es aufrichtig beklagen, wenn dieser Zweck bereitelt würde. Diesen Brief bitte ich zugleich als Antwort auf Ihren offenen Brief zu betrachten.

Mit besten Grüßen

gez. Dr. Geßler."

Der sächsische Ministerpräsident über Sachsen und Reich

Dresden, 18. Januar. In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtages führte der sächsische Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung u. a. über das Verhältnis Sachsens zum Reiche aus, daß die Beziehungen der sächsischen Regierung zur Reichsregierung in den letzten drei Jahren wieder normal geworden seien. Sachsen sei mit dem Reiche auf Gedeih und Verderb für immer verbunden. Die Regierung bedaure, daß nur ein Finanzausgleichsprovisorium zustande gekommen sei, das die grundsätzliche Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern ungelöst lasse.

Reichsgründungsfeier der Universität Leipzig

Leipzig, 18. Januar. Die Universität Leipzig hat heute eine Reichsgründungsfeier abgehalten, zu der die Korporationen mit Fahnen feierlich aufführen. Professor Dr. Volz hielt die Hauptansprache; darauf sprachen der Vertreter der Studentenschaft und der Rektor Professor Dr. Siber, der an den Gegensatz zwischen den beiden Versailles erinnerte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß das deutsche Volk lernen möge, das zu überwinden, was seiner Einigung entgegenstehe, und daß das, was geographisch deutsch sei, bald auch politisch deutsch werden möge.

Reichsgründungsfeier des Kölner Waffenring

Köln, 18. Januar. Die im Kölner Waffenring vereinigten Korporationen hielten gestern eine Reichsgründungsfeier ab. Unter den Gästen sah man u. a. den Rektor der Universität, Prof. Dr. Schneider, Vertreter des Reichswehrkommandos, der beiden großen Offiziersverbände R. D. O. und D. O. V. und Vertreter der vaterländischen Verbände. Festreden hielten Rechtsanwalt Dr. Hommelsheim und Prof. Dr. Schneider, sowie der Vorsitzende der Studentenschaft, Heukeshoven.

Gewaltsame Polonisierungspläne

Danzig, 18. Januar. **Das Warschauer Verkehrsministerium hat an alle Eisenbahndienststellen im Gebiet der Freien Stadt Danzig eine Verordnung gerichtet, in der es heißt:**

1. Alle Bediensteten, welche in Ausübung ihres Dienstes mit dem Publikum in Berührung kommen, insbesondere das Zugbegleitpersonal und die Stationsschaffner sowie die Bediensteten in den Fahrkartenausgaben, haben bis zum 1. Januar 1928 solche Kenntnis der polnischen Sprache nachzuweisen, daß sie sich mit dem Publikum mündlich verständigen können.

2. Von allen übrigen Bediensteten wird der Nachweis dieser Kenntnis der polnischen Sprache vom 1. Juli 1928 ab verlangt werden. Die Kenntnis der polnischen Schriftsprache, d. h. die Fähigkeit, sich in der polnischen Sprache auch schriftlich verständigen zu können, wird von dem Personal vom 1. Januar 1929 ab verlangt werden, und zwar nur von den Bediensteten des Bürodienstes bei der Staatsbahndirektion und den Aemtern, ferner von den Bediensteten im Verkehrs-, Kassen- und Telegraphendienste, sowie von den Dienstvorstehern der Bahnhöfe und von den Fahrdienstleitern. Nach Ablauf der vorstehend angegebenen Frist wird die Staatsbahndirektion die in Frage kommenden Bediensteten einer Prüfung unterziehen zwecks Feststellung, ob sie die verlangten Kenntnisse in der polnischen Sprache besitzen.

Was sagt der Völkerbund dazu? Es geht doch nichts über Pazifismus und Völkerversöhnung!

Tschitscherin in Baden

Karlsruhe, 18. Januar. Tschitscherin ist zu längerem Aufenthalt im Kurhaus Bühlerhöhe eingetroffen.

Der Herr Oberbolschewist weiß schon, wo es sich mit russischem Gold gut leben läßt! Was sagen denn unsere kommunistischen Arbeiter dazu?

Ein Magdeburger Defraudant in Berlin verhaftet

Mit 27 000 Mark durchgebrannt

Berlin, 18. Januar. Zwei Magdeburger Defraudanten, ein 25 Jahre alter Bankbevollmächtigter Johannes Meinhardt, der aus Magdeburg stammt, und ein aus Dresden gebürtiger 22 Jahre alter Bankkassierer Rudolf Höme wurden seit 14 Tagen von der hiesigen Kriminalpolizei gesucht. Beide waren bei einem Bankgeschäft in Magdeburg angestellt. Am 28. Dezember blieben sie plötzlich aus dem Geschäft weg und ließen nichts mehr von sich hören.

Bald wurde festgestellt, daß sie am Tage vorher auf Schecks bei der Reichsbankstelle in Magdeburg 27 000 Mark abgehoben und in ihre eigenen Taschen gesteckt hatten. Die weiteren Ermittlungen und Nachprüfungen deckten nun noch

größere Veruntreuungen

auf, die die Flüchtigen bisher zu verbergen gewußt hatten. Diese belaufen sich nach den bisherigen Feststellungen auf etwa 60 000 bis 70 000 Mark. Die Defraudanten mußten endlich die Entdeckung fürchten, verschafften sich noch 27 000 Mark und verschwanden dann.

Meinhardt war ein leidenschaftlicher Wetter und verbrauchte deshalb viel mehr Geld, als er an Einkommen bezog. Deshalb setzte er sich mit Höme in Verbindung und verleitete ihn, Zinsscheine herauszugeben. Beide machten dann die Wertpapiere zu Geld.

Beamte der hiesigen Fahndungsinspektion entdeckten gestern Rudolf Höme in einem Luxushotel in der Gegend des Anhalter Bahnhofes, wo er seit zwei Tagen

unter dem falschen Namen „Winter"

wohnte, nahmen ihn in der Nacht fest und brachten ihn nach dem Polizeipräsidium. Er hatte nur noch 900 Mark bei sich.

Kriminalkommissar Linnemann und den Beamten der Dienststelle D. 1 aber gelang es, noch einen Wertbrief sicherzustellen, den Höme seiner Geliebten hatte zukommen lassen wollen. Er enthielt 7000 Mark. Höme ist geständig und schiebt alle Schuld auf Meinhardt und dessen Verführungskünste. Beide waren nach Erhebung der 27 000 Mark gleich nach Berlin gefahren, hatten sich hier das Geld geteilt und sich dann getrennt. Höme war seit der Flucht noch in Hamburg und Allenstein gewesen und dann nach Berlin zurückgekehrt. Wohin Meinhardt sich gewandt hat, weiß er nicht.

Der Barmatprozeß

Berlin, 18. Januar. Der Angeklagte Hellwig erklärte bei seiner Vernehmung, keine Kenntnis von einem Beschluß erhalten zu haben, nach dem die Barmatkredite auf keinen Fall mehr erhöht, sondern verringert werden sollten. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie das möglich gewesen sein könnte, erwiderte der Angeklagte, er könne sich das nur so erklären, daß ein solcher Beschluß überhaupt nicht gefaßt worden sei. Von einem Sachverständigen wird darauf hingewiesen, daß die Bezeichnung der Konten mehrfach gewechselt habe und alles durcheinander gegangen sei. Weiter wird festgestellt, daß auf ein Kreditkonto in Höhe von ½ Million Mark eine Million Mark abgezogen worden ist. Der Angeklagte Klenske erklärt die Ueberziehung des Kontos daraus, daß er von Hellwig eine halbe Million Mark bewilligt bekommen habe und in einem anderen Anruf vielleicht mit Dr. Rübe verbunden worden sei, von dem er nochmals eine halbe Million Mark erhalten habe. Von einer Betrugsabsicht könne dabei keine Rede sein. Angeklagter Hellwig betont, daß das überzogene Konto durch Effekten gedeckt worden sei. Ein Sachverständiger betont dann, daß das Verfahren persönlicher Zutrauenskredite eine Spezialität des Frankfurter Börsenplatzes sei. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wird dann das Abkommen vom 5. September 1924 erörtert, nach dem Barmat zusammen 8,1 Millionen Rentenmark fest bis 15. September 1924 weiter belassen werden sollten. Auch über diesen Termin sollten die Kredite evtl. verlängert werden. Auch der Sonderkredit der Merkur-Bank von 260 000 Mark sei damals erörtert worden. Ein weiterer Kredit von einer Million, um den Henry Barmat nachgesucht haben soll, was dieser jedoch bestreitet, sei abgelehnt worden. Darauf wird die Verhandlung auf Donnerstag vormittag vertagt.

Schwere Bluttat in Neukölln

Berlin, 18. Januar. Im Hause Prinz-Handjery-Straße Nr. 66 in Neukölln wurde heute früh gegen 4 Uhr eine schwere Bluttat verübt. Dort feierte der Kellner Eugen Roß seinen 29. Geburtstag. Er hatte dazu einige Bekannte eingeladen. Unter den Gästen befand sich auch seine Mutter. Gegen 4 Uhr brach die Mutter des Kellners auf, um in ihre Wohnung zurückzukehren. Sie war kaum weggegangen, als sie atemlos wieder zurückkam, heftig die Klingel zog und aufgeregt mitteilte, daß sie unten vor dem Hause von einem fremden Mann belästigt und tätlich angegriffen worden sei. In diesem Augenblick kam der Mann gleich hinter der Frau her auch schon die Treppe hinauf und versuchte, in die Wohnung einzutreten. Eugen Roß trat ihm entgegen, und es kam zu einem Handgemenge. Unter lautem Schimpfen drängte der Fremde, in dem später der Arbeiter Walter Höth aus der Knesebeckstraße 103 festgestellt wurde, seinen Gegner gegen das Treppengeländer. Roß befreite sich, lief in die Wohnung, holte seine Pistole, schoß und traf Höth so schwer, daß er zusammenbrach, einige Stufen hinunterfiel und auf dem Treppenabsatz totliegen blieb. Der Lärm alarmierte die Hausbewohner, die das 112. Polizeirevier benachrichtigten. Beamte konnten nur den Tod des Getroffenen feststellen, beschlagnahmten die Leiche, die nach der Halle in Buckow gebracht wurde, und brachten Roß zur Wache. Er behauptet, in der Notwehr gehandelt zu haben. Es scheint aber, daß er die Tat wahrscheinlich unter dem Einfluß des reichlich genossenen Alkohols begangen hat. Die Kriminalpolizei des Reviers brachte ihn deshalb nach dem Polizeiamt. Zur weiteren Klärung des traurigen Vorfalles und besonders der Frage, ob strafbare Ueberschreitung der Notwehr vorliegt, werden die Zeugen im Laufe des heutigen Tages eingehend vernommen werden.

Ein Zugunglück

Hannover, 18. Januar. **Nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion überfuhr heute vormittag ein Güterzug in Poppenhagen bei Wunstorf das Einfahrtsignal. Dabei fuhr er einem anderen, rangierenden Güterzug in die Flanke, wodurch mehrere Wagen entgleisten. Ein Wagen, der sich losgekoppelt hatte, fuhr auf einen im Bahnhof Poppenhagen stehenden Personenzug auf. Ein Schaffner wurde getötet, einige Zugbeamte leicht verletzt.**

Das Stadttheater in Philipopel abgebrannt

Berlin, 18. Jan. **Wie die Abendblätter aus Sofia melden, ist das Stadttheater in Philipopel durch eine Feuersbrunst vollkommen zerstört worden. Der Schaden wird auf zwei Millionen Lewa geschätzt.**

Der Stand der Berliner Grippe-Epidemie

Berlin, 18. Januar. Das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin gibt bekannt, daß die Zahl der Grippekranken in den städtischen Krankenhäusern 1167 beträgt. Gestern sind drei Todesfälle gemeldet worden.

Neuer Eisenbahnanschlag in Frankreich

Paris, 18. Januar. In letzter Zeit mehren sich auch in Frankreich die Sabotageakte gegen die Eisenbahn. Gestern wurde im Kohlendistrikt von Douai durch Zerstörung der Weichen und Signalanlagen ein Kohlenzug bei Lewarde zur Entgleisung gebracht. Zwei Wagen stürzten die acht Meter hohe Böschung hinab. Der Weichensteller wurde schwer verletzt, während das Zugpersonal mit dem Schrecken davonkam.

Vater und Sohn Opfer eines Motorradunglücks. Gestern fuhr ein Prager Fabrikbesitzer mit seinem Motorrad, auf dem er auch seinen neunjährigen Sohn hatte, in Königsfaal auf einen Kilometerstein. Der Vater war sofort tot, der Sohn liegt hoffnungslos darnieder.

Ein Stadtverordneter während der Sitzung vom Schlage getroffen. In der Düsseldorfer Sitzung des Finanzausschusses erlitt der deutschnationale Stadtverordnete Justizrat Dahm unmittelbar nach seiner Rede einen Schlaganfall. Er verstarb kurz darauf. Die Sitzung wurde sofort vertagt.

Vier Kinder verbrannt. Wie aus Toronto gemeldet wird, sind vier Kinder während der Abwesenheit der Eltern bei einem Wohnungsbrand umgekommen.

10 Selbstmordversuche an einem Tage. Im Laufe des Sonntags ereigneten sich in Wien 10 Selbstmordversuche, von denen 4 tödlich verliefen.

4000 Dollar monatlich für Frau Chaplin. Der Gattin Charlie Chaplins sind vom Gericht bis zur Erledigung des Scheidungsprozesses 4000 Dollar zuerkannt worden.

Die Königin von Spanien für lange Röcke. Nachdem der Papst in einer Verfügung den katholischen Frauen und Mädchen das Tragen des kurzen Rockes und der ausgeschnittenen Bluse untersagte, hat die Königin von Spanien jetzt bei Pariser Firmen Aufträge für Kostüme mit langen Röcken und geschlossenen Kragen erteilt.

Der Weg aus der Nacht

25] **Preisgekrönter Roman von Edmund Kiß.**

Die beiden Offiziere sahen sich mit einer gewissen, vielleicht geheuchelten Ueberraschung an, als ob sie mir nicht glaubten.

„Und wenn der Kaiser eines Tages wieder kommt?" fragte mein Freund gespannt.

Auch der Kapitänleutnant starrte mit einem aufmerksamen Ausdruck in seinem blassen Gesicht in meine Augen.

„So wird er mich auf seiten seiner Gegner finden," sagte ich mit Ueberzeugung. „Ein Schwur ist ein besonderes Ding, wie du eigentlich wissen müßtest. Auch im neuen Deutschland geht die Ehre über die Neigung."

Die beiden Toten schwiegen.

Offenbar hatten sie diese Antwort nicht erwartet, so selbstverständlich sie eigentlich war. Ich genoß ordentlich den Triumph, den ich über meinen Freund davongetragen hatte.

„Hätte ich das gewußt!" sagte Peter Laas nach einer Weile. „Ich hätte die Pferdekur an dir vielleicht gar nicht vorzunehmen brauchen. Denken deine Kollegen auch wie du?"

„Ich weiß es nicht," gestand ich. „Es ist üblich geworden, seine Ansicht im tiefsten Herzen zu verbergen."

Der Kapitänleutnant Paaschen rief einen Matrosen an.

„Heißen Sie das Buch am Lemast vor, Hein. Wir flaggen mit der Seele dieses Regierungsrats über die Toppen. Ihm geht die Ehre über die Liebe, wie uns vor langen Jahren, als wir noch blind waren."

„Und jetzt?" fragte ich.

„Uns Tote interessiert es nicht mehr," lächelte der Seemann. „Was gilt uns ein Schwur, den Sie geleistet haben und aus Pflichtgefühl und um der Ehre willen halten, wenn die Liebe fehlt? Ein solcher Schwur ist taub und unfruchtbar. Fügen Sie ihm das hinzu, was fehlt, und er wird vollkommen und fruchtbar werden."

Ich verstand diese Worte nicht ganz, doch ahnte ich, was der Kapitänleutnant damit sagen wollte.

Mir fehlte die Liebe zu meinem Volke, das mir in diesen seiner Teile so jämmerlich fehlen, daß es schwer war, sie aufzubringen. Und so lange sie fehlte, war mein Eid taub, weil ihm der lebendige Strom des warmen Herzens fehlte.

„Es ist doch gut, daß wir tot sind, Egon," meinte Peter Laas mit bedrückter Stimme. „Es kommt mir allmählich so vor, als hätten wir den besseren Teil erwählt. Ich glaube, es ginge uns eben so schlecht, wie diesem lebenden Fritz Blohm, wenn wir Bürger des neuen Deutschland wären, denn die lebenden Deutschen haben es wirklich nicht leicht.

Sie sind zwangsläufig auf dem Holzwege und brauchen Zeit, den richtigen Weg zu finden, der aus ihrer Nacht heraus führt. Wollen wir nicht umkehren und Fritz Blohm wieder absetzen?"

Ich horchte auf.

Der Kapitänleutnant schüttelte energisch den Kopf.

„Dafür habe ich jetzt weder Lust noch Zeit," erwiderte er. „Du hast den Unfug angefangen, Peter. Nun muß Herr Blohm ihn bis zu Ende ausfosten. Vielleicht ist es gut, wenn er dennoch mitkommt."

Das Torpedoboot verließ die Stadt und steuerte über freies schwarzes Wasser gen Norden, eine blinkende Gasse von grünlichen Schaum hinter sich.

Die Turbine heulte mit heller, singender Stimme durch die Dunkelheit... Ueber uns schlug ab und zu mit leisem Bums meine Personalakte an den eisernen Mast, an dem sie hilflos hin und her baumelte.

Ich war müde und setzte mich auf einen Poller.

„Wollen Sie schlafen, Herr Regierungsrat?" fragte Egon Paaschen mitleidig. „Lassen Sie sich durch uns nicht stören; es ist schön, in warmer Sommernacht an Deck einzutrümmern."

Ich nickte und schwieg.

„Man merkt, daß er noch lebendig ist," lachte Peter Laas.

Er hatte gut reden und lachen.

Die Toten brauchten keinen Schlaf mehr. Ich hatte mir früher die falsche Vorstellung gemacht, sie schliefen immer. Jetzt sah ich aber ein, daß das Gegenteil der Fall war. Mein Kopf sank auf die Knie. Mit dem Kinn spürte ich das Zittern des Bootes. So saß ich lange schweigend da und lauschte auf das Rauschen der Bugwelle.

„Er ist doch wohl auf dem rechten Wege," hörte ich nach langer Zeit den Kapitänleutnant lagen.

„Er sucht ihn wenigstens, und das ist schon viel," entgegnete der Hauptmann ebenso. „Aber wenn man in finsterer Nacht wandern muß, so ist es sehr schwer, ihn zu finden."

„Bei Horns Riff findet er ihn nicht," flüsterte Paaschen nach einer Weile. „Du mußt ihn schon weiter mitnehmen. Es ist wirklich schade, daß wir ihm nicht helfen können."

„Am Skagerrak soll er nur Abschied nehmen und lernen, was sein Volk aushalten kann," entgegnete der Hauptmann. „Was er soll, kann ich ihm nur in Deutschland zeigen. Ich bin überzeugt, daß er mich verstehen wird. Seine Anlagen sind nicht gerade schlecht und ich habe die leise Hoffnung, daß Maria ..." Der Hauptmann brach ab und fuhr erst nach einer Weile wieder fort: „Ich habe ihn mit unserem Bruder vor etwa einem halben Jahr im Lager der Flüchtlinge getroffen."

„Hat er ihn kennen gelernt? Das wundert mich," hörte ich Paaschen überrascht ausrufen. „Die Leute kann man suchen, die ihm zufällig begegnen."

„Er hat ihn kennen gelernt und auch wieder nicht," lachte Peter Laas. „Er ist eben dumm, wie alle Lebendigen, ohne jeden Instinkt, wenn so eine Nacht vor ihm steht und ihm gar die Hand gibt. Schließlich ist es ihm nicht übel zu nehmen und ist auch weiter nicht schlimm. Du erinnerst dich, daß wir ebenso blind waren, als wir lebten."

„Darf ich dich darauf aufmerksam machen, Peter, daß ich noch nicht schlafe!" warf ich schnell dazwischen. Ich hatte schon ein schlechtes Gewissen, weil ich eine Unterredung, die nicht für meine Ohren bestimmt war, mit angehört hatte.

„So wird es die höchste Zeit," sagte Paaschen lachend. „Kommen Sie mit mir, Herr Regierungsrat. Ich will Ihnen eine Koje anweisen. Dort werden wir Sie nicht weiter mit unserer Unterhaltung stören, die Ihnen wunderlich und unverständlich vorkommen muß."

Wir gingen in den Raum hinab, über eine schmale eiserne Treppe aus gelochtem Blech, deren Stufen steil und unbequem waren.

Unten stieß der Kapitänleutnant eine kleine eiserne Tür auf, die zu einem engen Raum führte. An seiner niedrigen Decke brannte ein mattes, elektrisches Licht.

„Meine Kommandanten-Kabine," sagte Paaschen. „Sie können sie unbedenklich in Benutzung nehmen, denn ich brauche sie schon lange nicht mehr. Schlafen Sie wohl, Herr Blohm, zum ersten- und zum letztenmal auf Sr. Majestät Torpedoboot V 228."

Die Tür klappte zu und die Schritte des Offiziers verhallten.

An dem kreisrunden Bullauge schoß mit grünlichem fluoreszierendem Leuchten das Wasser vorüber. Ab und zu gab es den Blick auf den gestirnten Himmel frei.

Die Maschine brummte ruhelos unter den Eisenplatten zu meinen Füßen. Der Boden war in beständiger zitternder Bewegung.

Bald schlief ich ein und merkte nicht, wie hart das Bett war, weil ich offenbar das Gefühl hierfür verloren hatte.

Die Sonne stand schon hoch am Himmel, als ich erwachte. Ich erkannte es daran, daß der Lichtkegel, der durch das Bullauge drang, nahezu senkrecht einfiel.

Die Maschine unter mir vollführte noch immer ihren eintönigen heulenden Gesang. Allerdings mußte doch eine Veränderung mit dem Torpedoboote vor sich gegangen sein, denn das Schiff schwankte erheblich auf und ab und holte mitunter seitlich über, während sein Lauf in der Nacht fast ganz ruhig gewesen war.

Am Deck hasteten eilige Schritte umher, und der schrille Schrei der Bootsmannspfeife drang zu mir in die enge, schmucklose Kabine des Kapitänleutnants Paaschen. Menschenfüße eilten über die klappernden Eisentreppen, und an meiner Tür streifte mitunter ein harter Gegenstand.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192701192-16/fragment/page=0002

Der Landbundtag in Halle

Große Beteiligung — Zwei Parallelversammlungen — Reichs-Landbundpräsident Hepp spricht — „Hinein in den Staat!"

Zu einer machtvollen Kundgebung vereinigten sich am Dienstag die Mitglieder des Landbundes Provinz Sachsen. In so großer Zahl war man zusammengekommen, das zwei der größten Säle der Stadt herangezogen werden mußten, um das Landvolk der Provinz Sachsen zu Kundgebungen zusammenzubringen. Mit Bedauern stellte man wieder das Fehlen einer großen Stadthalle fest. Die Hauptversammlung fand im „C. T."-Lichtspielhaus am Riebeckplatz statt, das lange vor Beginn wegen Ueberfüllung geschlossen werden mußte.

Fanfaren der Bergkapelle leiteten die Feier ein. Sodann brachte Superintendent Möhring-Weißenfels einen Weihegruß zum Ausdruck.

Der moderne Mensch der Großstadt fühlt nicht das Sommerwunder, das sich jahraus, jahrein, jahrtausendelang in der Natur vollzieht. Der Einzelne schwimmt hier im Strom der Zeit. Nur der erdgebundene Bauer fühlt die Kunst der Natur, nur er begreift das Gotteswunder des Bodens. Wie der Landwirt vor 100 Jahren noch kein ausgewähltes Saatgut kannte, wie erst die junge Generation einen Samen geschaffen hat, der jeder Unbill trotzt, so wächst auch unter der Wucht der Zeit ein winterhartes Geschlecht heran. Das Kinodramа unserer Felder kurbelt keine menschliche Hand an, unter der Regie Gottes wird, solange die Erde steht, nicht aufhören Saat und Ernte. Um ein gutes Gelingen bitten wir Gott!

Nach einem Vorspruch des Junglandbundmeisters Braun-Storkau spielte die Bergkapelle unter Leitung ihres Dirigenten Teichmann den Kaisermarsch.

Sodann begrüßte der Vorsitzende des Landbundes Provinz Sachsen,

Landrat a. D. Freiherr von Wilmowski-Marienthal,

die erschienenen Vertreter der verschiedensten Berufsstände, der Industrie, des Handwerks, der Landwirtschaft. Er gedachte sodann der Verstorbenen der letzten Zeit, vor allem des Landbundpräsidenten von Wangenheim, deren der Landbund in aller Zeit ehrenvoll gedenken wird.

Das Schicksal der diesjährigen Ernte unserer Provinz ist ein Spiegelbild des Schicksals unserer Landwirtschaft. Mit dem Mut der Verzweiflung hat der Landwirt die Ernte vorbereitet. Die Saat stand vorzüglich; eine noch nie dagewesene Regenperiode vernichtete die Kulturerrbeit von Jahren. Die Misernte trifft in voller Wucht die verschuldeten Betriebe; für sie besteht die furchtbare Gefahr, daß ein Wechsel an landwirtschaftlichem Besitz eintreten werde, wie er seit den Freiheitskriegen nicht mehr zu verzeichnen war.

Und wer am Reichsgründungstage den Blick nach außen wendet, kann wahrlich den Mut verlieren. Polen reckt die Hand nach Ostpreußen, Danzig, Grenzmark, Lausitz. Der Franzose geberdet sich, als wolle er ewig im Rheinland und in der Pfalz sitzen. Bei uns aber hält der Führer einer großen Partei es für richtig, die letzte Waffe, die uns geblieben, die Reichswehr, öffentlich herabzusetzen.

Und dennoch, trotz allem, bekenne ich mich wie vor acht Jahren als Optimist. Wie einer unserer ersten Landwirte trotz der verzweifelten Krise unserer Landwirtschaft Anzeichen zu finden meint, daß die Zukunft hoffnungsvoller angesehen werden könne, so habe auch ich den Eindruck, daß der Bauer anfängt,

zur Selbsthilfe im besten Sinne des Wortes überzugehen.

Wer den Blick rückwärts wendet und sich vergegenwärtigt, wie der Landwirt nach der Revolution fast widerstandslos jedem Zwang preisgegeben war, der wird mir recht geben. Und wie hat der Bauer in unserer Provinz durch seine Organisationen (Kammer, Genossenschaften) die Technik entwickelt! Wie rege ist jetzt das Interesse an allen Bestrebungen auf Standardisierung, Typisierung usw. Und organisatorisch ist jetzt jedem klar geworden, daß des Landvolk ohne einheitliche Organisation machtlos ist. Erfreulich ist es, wie es sich selbst gegen Quertreiber und Spaltpilze wehrt.

Marschiert so die Selbsthilfe, so kann ihr endgültiger Erfolg nur beschieden sein, wenn ihre Kosten verringert werden. Am Tage der Gründung des Deutschen Reichs darf man sich auf Bismarck berufen, der eine Verfassung niemals als etwas Endgültiges bezeichnet hat, sondern meinte, daß eine Verfassung durch organische Entwicklung des Bestehenden ähnlich wie in England vorwärts entwickelt werden müsse. So sei auch an dieser Stelle die Forderung erhoben: Billigere Staatsverwaltung (zurzeit haben wir 22 gesetzgebende Körperschaften, 2562 Abgeordnete, die jährlich 17 Millionen Mark kosten, 74 aktive Minister, 13 Reichs- und 92 Landesregierungen seit 1918 sollten jedem die Augen öffnen, daß es nicht so weitergeht wie bisher), und billigere Verwaltung der Sozialpolitik.

So sei unsere heutige Tagung ein Sporn, auszuharren in trotziger Selbsthilfe, im Kampf für die angestammte Scholle, Hand in Hand mit den Volksgenossen in Werkstatt, Handel und Fabrik.

Der Präsident unserer Landwirtschaftskammer, Rittergutsbesitzer von Veltdorf, Barmersroda,

überbrachte sodann die Grüße der Landwirtschaftskammer zum Landbundtag. Er erklärte, er sei der Einladung gerne gefolgt, denn einmal wäre er ja selbst als Kreisbauernmeister des Kreislandbund Querfurt ein „Landbundmann"; besonders gerne aber nehme er an der Tagung auch teil in seiner Eigenschaft als derzeitiger Präsident der Landwirtschaftskammer: „Wie es die Aufgabe und das Ziel des Landbundes ist, das ganze Landvolk zu einigen zwecks gemeinsamer machtvoller Vertretung seiner Interessen zu seinem und der gesamten Volkswirtschaft und damit unseres lieben Vaterlandes Nutzen, so ist es die der Landwirtschaftskammer als der gesetzlichen Vertretung unseres Berufsstandes durch Gesetz und Satzung zugewiesene Aufgabe, die Landwirtschaft in allen ihren Zweigen zu fördern und ihre Belange wirksam zu vertreten.

Deshalb müssen der Landbund als freie Organisation, welche der gesamten Landwirtschaft und nicht nur einzelnen Gruppen derselben und deren vermeintlichen Sonderinteressen dienen will, und die Landwirtschaftskammer eng verbunden Hand in Hand arbeiten!

Ich freue mich aufrichtig, es heute an dieser Stelle dankbar aussprechen zu können, daß der

feste Wille zu ersprießlicher Zusammenarbeit in unserer Provinz vorhanden

ist, und ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es auch in Zukunft so bleiben, und daß es unser Aller gemeinsamer Arbeit gelingen möchte, unserer heimischen Landwirtschaft die Stellung im Wirtschafts- und Staatsleben zurückzugewinnen, die ihrer Bedeutung entspricht!

Die Zeiten sind ernst und schwer für alle Stände in unserem Vaterlande, und wahrlich nicht zuletzt für die Landwirtschaft; noch sehen wir wenig, sehr wenig von dem Heraufdämmern einer besseren Zukunft, im Gegenteil, die Wolken hängen noch düster und schwarz über uns! — Aber dem festen und geschlossenen Willen des Landvolkes, am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mit allen Kräften mitzuarbeiten, kann der Erfolg nicht versagt bleiben.

Möchten unsere Söhne wieder als wahrhaft freie Männer in einem freien Deutschland die ererbte Scholle bebauen können zum Segen unseres gesamten Volkes!

Das sei unser Glaube und unsere Hoffnung!"

Da Herr Bechly, der Verbandsvorsitzende des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, leider plötzlich erkrankt ist, sprach an seiner Statt

Herr Bro

über das Thema:

„Bauer und Arbeiter als Träger des deutschen Staates".

Es ist eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung, die in kurzen Ausführungen behandelt werden soll. Arbeiter und Bauern, beide zusammen sind das deutsche Volk; sind es ihrer Zahl nach, und auch gemessen in ihrer Bedeutung für den Staat. Arbeiter und Bauern würden in Gemeinschaft den deutschen Volksstaat bilden und ihm sein Gepräge geben können, wenn sie einen geschlossenen staatspolitischen Willen hätten. Die Aufgabe, einen solchen Gemeinschaftswillen zu formen, erscheint auf den ersten Blick fast unlösbar. Es sind nicht nur Gegensätze der materiellen Lebenslage und der sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Interessen, die hinderlich erscheinen, auch die geistige Grundeinstellung beider Gruppen ist oder scheint mindestens stark gegensätzlich zu sein. Und doch lohnt es, um eine solche Gemeinschaft zu kämpfen. Es ist nicht so unmöglich, wie es kleinmütige Seelen meinen, und an der Erhaltung und Vertiefung des Gegensatzes interessierte Kreise hinstellen. Schon die Tatsache, daß wir heute über ein solches Thema sprechen, ist ein Beweis unseres Willens.

Die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung Deutschlands ist der Meinung, daß es Möglichkeiten und Formen zu der von ihr

grundsätzlich anerkannten Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen Arbeit zwischen Arbeitern und Bauern

gibt; sie ist überzeugt davon, daß ein geschlossener Wille beider Gruppen vielen Entartungserscheinungen unseres staatlichen Lebens gegenüber eine heilsame Gegenwirkung schaffen könnte.

Was ist notwendig zu solchen Zielen? In erster Linie doch wohl die gegenseitige Erkenntnis der wirtschaftlichen und geistigen Lage des anderen.

Die christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung besaht die Notwendigkeit einer leistungsfähigen, in ihrer Existenz gesicherten Landwirtschaft nicht nur allein aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern auch aus der Erkenntnis volkspolitischer Notwendigkeiten, und sie hat auch mehr wie einmal dieser Erkenntnis politisch wirksamen Ausdruck gegeben. Gleich notwendig ist, daß von der Landwirtschaft her die Gesamtlage der Arbeitnehmer in der Industrie erkannt und gerecht beurteilt wird. Eine solche Erkenntnis muß zu dem Schlusse führen, daß dem einzelnen völlig ohnmächtigen Arbeitnehmer die Möglichkeit des Zusammenschlusses zu gemeinschaftlichen Interessenvertretungen nicht nur nicht eingeschränkt werden darf, sondern aus Erkenntnis der Notwendigkeit heraus die Solidarität der Arbeitnehmer vorbehaltlos anerkannt werden muß. Ein solcher Zusammenschluß kann für die Industriearbeitnehmer Deutschlands nur in Form einer unabhängigen Gewerkschaft erfolgen; nur so kann eine verantwortliche Führung geschaffen und ein Hineinwachsen der Arbeitnehmerschaft in den Staatsgedanken ermöglicht werden.

Arbeiter und Bauern sind in Gemeinschaft berufen, gegen die Uebermacht des internationalen Kapitalismus,

der Deutschland zur Ausbeutungskolonie machen will, Schutzdämme aufzurichten. Die gestaltende Kraft des deutschen Volkes konzentriert sich nicht etwa nur in den Parteien, sie hat sich auch Mittelpunkte geschaffen in den großen Berufsverbänden, wie sie einerseits der Reichs-Landbund, andererseits die Gewerkschaften darstellen. Nicht umsonst versuchte Dr. Curtius bei seinen Besprechungen über die Bildung einer tragfähigen Regierung mit den Vertretungen der Berufsstände Fühlung zu nehmen. Er sah ein, daß sich aus ihnen im Laufe der Jahre neue politische Kraftzentren herauskristallisieren werden.

Arbeiter und Bauern sind schicksalsgebunden und mit ihrem Schicksal unlösbar mit dem deutschen Boden, dem deutschen Volke, dem deutschen Staate und der deutschen Freiheit verbunden.

Es ist notwendig, die beiden Hauptgruppen der deutschen Berufsstände, die Arbeiterschaft und die Bauernschaft, zusammenzufassen in einer Idee, die es ermöglicht, in ihnen für jede spätere deutsche Reichspolitik einen Rückhalt zu haben. Was uns hier noch fehlt, gemeinschaftliches Wirken auf allen dazu geeigneten Gebieten, muß seine Zeit zur Reife und Verwirklichung haben. Das sehen wir klar. Ein Anfang aber muß gemacht werden, und daß heute in diesem Kreise über das Thema „Arbeiter und Bauern als Träger des Staates" programmatisch gesprochen wird, das werten wir als einen solchen hoffnungsvollen Anfang.

In Verbindung mit den Ausführungen des Herrn Brost führte Freiherr von Wilmowski noch aus, daß

zu der Gemeinschaft Arbeiter-Bauer noch als dritter im Bunde der nationale Unternehmer

gehöre.

Alsdann ergriff

der Präsident des Reichslandbundes, Hepp,

das Wort zu längeren Ausführungen über die Maßnahmen und Entscheidungen, die in nächster Zeit in Landwirtschaftsfragen getroffen werden müssen.

Die Provinz Sachsen ist nicht ohne Grund das Zentrum der mitteldeutschen Landwirte. Sie ist nicht ohne Grund Zentrum des Landbundgedankens. Gerade in der Provinz Sachsen hat sich der Landbund in großzügiger Weise entwickelt und hier ist auch die Anerkennung für den Berufsstand zuerst zurückgewonnen worden. Wir müssen die Rechte des deutschen Landvolkes wahren. Daß der Reichslandbund in fremden Reihen Anerkennung gefunden hat, ist ein Beweis, daß er auf dem richtigen Wege ist. Klar sind seine Ziele, und wenn er auch eine gewisse Kritik unter den eigenen Leuten ausgelöst hat, so ist dies zur Klärung seiner Politik notwendig.

Heute ist der Landbund die maßgebendste Organisation der ganzen Landwirtschaft,

wichtig in einer Zeit weittragendster Bedeutung, wichtig in einer Zeit, da innerpolitische Krisen Dauerzustand im Reiche werden. Wir verlangen eine Regierung staatsbürgerlicher Art, die basiert auf einer klaren Mehrheit der Parteien. Wenn sich politische Kräfte bemühen, die Sozialdemokratie wieder in die Regierung hineinzuziehen, so ist der Landbund politisch an sich daran uninteressiert; es spielen aber so maßgebliche wirtschaftspolitische Faktoren eine Rolle, daß er gezwungen ist, sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen. Eine Partei, die nach ihrer vergangenen Handlungsweise kein Verantwortungsgefühl ihr eigen nennt, die die einzige Gewährleistung staatlicher Autorität dem Feinde oder Parteien ausliefern will, hat kein Recht, maßgebenden Einfluß in einer Regierung zu erhalten. Verheerend muß

der Versuch der Sozialdemokratie wirken, sich auch auf dem Gebiete der Agrarpolitik zu betätigen.

Wenn die Sozialdemokratie im Bauer lediglich den Eigentumsfanatiker sieht, dann ist sie bar jedes Verständnisses für Agrarfragen. Sie kennt nur Enteignung, sie kennt nur künstlichen Unterschied zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbesitz, sie wünscht Enteignung der Produktionsmittel — das sind Grund und Boden —; sie stellt sich damit in Widerspruch zu ihrer eigenen Reichsverfassung. Wenn der Vorsitzende der christlich-nationalen Gewerkschaften, Hermann Stegerwald, der wohl als einziger Gewerkschaftler bisher die deutsche Arbeiterschaft zum staatsbürgerlichen Denken zu erziehen versucht hat, heute mit der Sozialdemokratie konform gehen will, so tut er damit einen Schritt, der bewußt im Gegensatz zu seiner bisherigen Auffassung der Sozialdemokratie steht.

Und doch ist der Zeitpunkt der Krise nicht abzusehen. Die Ursachen liegen im System, in den Verfassungsverhältnissen, wir leben nicht im Volksstaat, wir leben in einem überspannten Parteistaat. Der Reichstag hat sich zu einem politischen Instrument entwickelt, das allein die Macht in Händen hat, das aber der Meinung der Straße in gefährlichem Maße zugänglich ist.

Wir verlangen Ausbehnung der Rechte des Reichspräsidenten als überparteilicher Persönlichkeit.

Wir verlangen weiter Verleihung von Rechten an den Reichswirtschaftsrat, seine Weiterbildung im Sinne weitgehender berufsständischer Vertretung.

Künstlich ist ein Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Bauernschaft erzeugt worden. Man spricht immer von dem Ringen um die Seele des deutschen Arbeiters. Wo bleibt das Ringen um die Seele des deutschen Landvolkes? Es besteht eine schicksalhafte Verbundenheit, eine Notgemeinschaft zwischen beiden; die wirtschaftliche Konstellation ist doch so, daß beide auf Gedeih und Verderb zusammengehören. Entfaltung von Industrie und Gewerbe ist ja doch nur möglich, wenn die Kaufkraft der Landwirtschaft sich hebt, wenn der Binnenmarkt gestärkt ist. Die Landwirtschaft ist nun mal der große Regulator des wirtschaftlichen Lebens. Alle Fragen, wie Einkommensteuer — bei der die Landwirtschaft nur die Besteuerung der Ertragswerte anerkennen kann —, Finanzausgleich, Zoll- und Handelspolitik, Regelung der Schuldenverhältnisse, langfristige Kredite, basieren letzten Endes immer in der Landwirtschaft.

Der 18. Januar soll uns ein Tag des Gedenkens sein.

Wir wollen die Vergangenheit bewußt mit uns nehmen

und das Gute, das das alte Reich an sich hatte, mit hinübernehmen in den heutigen Staat.

Wie jeder Landwirt sein Feld bestellen wird, so will die gesamte Landwirtschaft mitarbeiten an dem großen Acker des Deutschen Reiches.

Freiherr von Wilmowski dankte dem Präsidenten des Reichslandbundes für seine Ausführungen und betonte, daß er derjenige gewesen sei, der die Parole für den Landbund ausgegeben habe:

Hinein in den Staat.

Dies bedeute nicht Aufgabe eigener Prinzipien, sondern Erfüllung des Staates mit den bewährten Gedanken, die der Landbund als Devise auf seine Fahnen geschrieben hat.

Der Landwirtschaft gebührt ein Einfluß, der ihrer Stellung zukommt. Dies fand auch Ausdruck in der Entschließung, die einstimmig angenommen wurde:

„Erhaltung der Reichswehr als unpolitisches Machtinstrument des Staates, Ausbau der christlichen Schule als Grundlage unserer Jugenderziehung, Behebung der Arbeitslosigkeit durch Förderung der heimischen Erzeugung, insbesondere der Landwirtschaft unter dem Schutz einer weitsichtigen Handelspolitik, das sind Lebensfragen des deutschen Volkes, die nur durch eine starke Regierung gelöst werden können.

Acht Jahre lang ist ohne den deutschen Bauer regiert worden. Von nun ab darf keine Regierung ohne ihn gebildet werden. Wird dies wiederum durch das parlamentarische Getriebe verhindert, so erwarten wir von den Führern der Wirtschaft, daß sie notfalls über die Köpfe der Parteien hinweg dem Herrn Reichspräsidenten Männer namhaft machen werden, die bereit und willens sind, diese Fragen so zu lösen, wie es das Wohl des deutschen Volkes erfordert."

Mit dem Deutschlandliede schloß die Kundgebung des Landbundes der Provinz Sachsen. v. W.

Die Reichsgründungsfeier

wurde gestern vormittag in der Aula der Universität in der althergebrachten Weise begangen. In würdevollem Zuge begaben sich Rektor und Senat durch den Mittelgang der stark besetzten Aula nach vorn, um auf erhöhten Sitzen dem Publikum gegenüber Platz zu nehmen. Ornat und Roben der Herrn Professoren und Dozenten, umrahmt von den Chargierten der studentischen Korporationen mit ihren Fahnen, ergaben ein überaus farbenprächtiges, feierliches Bild. Mit dem ersten Satz aus dem Orgelkonzert Nr. 6 von G. F. Händel und dem Altniederländischen Dankgebet aus der Sammlung des Adrianus Valerius begann die eigentliche Feier. Die Festrede hielt Professor D. Wilhelm Lütgert. Zum Beginn seiner Ausführungen legte der Redner unter Hinweis auf unsere außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse dar, daß Krisenerscheinungen, wie wir sie in den letzten Jahren durchgemacht haben, eine selbstverständliche Folge des verlorenen Krieges sind. Diesem Naturgesetz unterliegen jedoch nicht nur die Besiegten, sondern auch die Sieger.

Mit jedem Erfolg bzw. Mißerfolg ist ganz automatisch ein Umschwung im ganzen Denken und Trachten eines jeden Volkes verbunden. Eine Behebung dieser Stimmung ist nur dann zu erwarten, wenn sich Ventile öffnen, die eine Lösung des vorhandenen Druckes zulassen, d. h. dem Streben und Schaffen neue Ziele geboten werden. Im Hauptteil brachte die Rede besonders interessante Darlegungen über den Entwicklungsgang der sozialen Frage und berücksichtigte hierbei speziell den Zeitraum der letzten hundert Jahre. Es wird nachgewiesen, daß alle Umsturzbestrebungen, welche aus den unteren Volksschichten hervorgingen, stets in allererster Linie die Erreichung wirtschaftlicher Ziele bezweckten. Ehe der Staat daran dachte, sich mit diesem überaus wichtigen, sozialen Problem zu befassen, nahmen sich die beiden christlichen Kirchen dieser Bewegung an; und zwar als Führer der evangelischen Kreise Huber, der katholischen Bischof v. Ketteler. Nach Klarstellung der Unterschiede zwischen den einzelnen Richtungen empfahl der Redner die Zusammenfassung aller christlichen und geistigen Kräfte zur deutschen Volksgemeinschaft auf dem Boden der christlichen Kirche.

Anschließend erfolgte die Verkündigung des Ergebnisses der akademischen Preisbewerbung. Den Preis der theologischen Fakultät erhielt stud. theol. Fritz Fuhr aus Halberstadt, den der rechtswissenschaftlichen cand. iur. Wolfgang Liebert aus Halle, den Preis für Mathematik stud. math. Waldemar Schoebe aus Halle, den der Landwirtschaft stud. agr. Martin Orling aus Bernburg. Für die Dr. Paul Schmidt-Stiftung war die Arbeit des Ger.-Ref. Dr. jur. Wolfgang Busch aus Merseburg als beste anerkannt worden.

Zu Ehrendoktoren wurden ernannt: von der theol. Fakultät Konsistorial-Präsident Ernst Leuke aus Magdeburg, von der naturwissenschaftlichen Fakultät Herr Friedrich Husfelt aus Bremen, Dr.-Ing. Karl Friedrich v. Siemens und Generaldirektor Prof. Dr. Karl Bosch. Zu Ehrenmitgliedern wurden Kommerzienrath Max Dehne-Halle und Bankherr Dr. jur. Hans Lehmann-Halle ernannt. ha.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192701192-16/fragment/page=0003

Turnen, Spiel und Sport

Zum Spiel Mittel—Nord 2 : 3

Kagemann der beste Mitteldeutsche! — Unglücklicher Kampf in der ersten Spielhälfte. — Nord führt bei Halbzeit 3:0!! — Des Jungsturms bestandene Feuerprobe!

(Von unserem hbg-Sonderberichterstatter.)

Als Guyenz-Essen pünktlich um 2 Uhr auf der klassischen Sportplatzanlage der Hamburger „Victoria" den Zwischenrundenkampf um den Bundespokal anpfeift, sind an die 15 000 Zuschauer versammelt. Die Mannschaften stehen in der angekündigten Formation, nur daß Nord im letzten Augenblick für den grippekranken Harder dem ehemaligen Westdeutschen Horn die Sturmführung anvertraut hat — vielleicht nicht einmal zum Nachteil der Gesamtmannschaftsleistung. Jimmy Hogans Dispositionen hingegen waren durch die Absage der beiden repräsentativen D. S. C.er Köhler und Gedlich doch einigermaßen zum Nachteil für die Einheitlichkeit der mitteldeutschen Repräsentativen beeinflußt. —

Der Anstoß Mitteldeutschlands wird von der norddeutschen Läuferreihe abgefangen, und in prächtigem Zickzack-Spiel liegt der homogen zusammengestellte norddeutsche Sturm sogleich vor Kagemanns Heiligtum. In bedrängter Stellung macht Ebert eben außerhalb des Strafraumes Hand. Den Strafstoß für Nord schaufelt der linke Läufer, der ehemalige Fürther Lanz, vor das Tor. Wolpers, Nords halblinke Verbindung, und Ebert recken sich beide im Sprunge nach dem Ball — Ebert erreicht ihn um den Tick einer Sekunde eher — — und über den zur Abwehr herausgelaufenen Kagemann hinweg landet Eberts Kopfball im eigenen Netz. Die Aufregung der ersten 5 Minuten hat Nord durch eine für die Gäste mehr als unglückliche Konstellation

das Führungstor

gebracht.

Der zunächst noch recht mangelhafte Zusammenhang im mitteldeutschen Sturm — 5 Leute aus 5 verschiedenen Vereinen, die bisher in dieser Aufstellung noch nie nebeneinander gespielt haben! — verschafft Nord im Feldspiel der ersten halben Stunde ein merkliches Uebergewicht. Horn legt seinem rechten Halbstürmer Warnecke auf den freien Raum vor, und dessen halbhoher Paß zu Wolpers (Halblinks) findet durch diesen den Weg ins Netz. Das Tor wird nicht gegeben, weil zusammen mit dem Torschuß die Schiedsrichterpfeife Wolpers Handspiel ahndet. Der Strafstoß führt zur ersten Torchance für die mitteldeutschen Gäste. Nach wunderbarem Durchspiel bringt Soehner einen bestechenden 15-Meter-Schuß an. Torrufe — sind verfrüht. Der halbhoch in die linke Ecke gesetzte Ball wird von Nords Torwart Blunck eben noch gehalten. Gleich darauf die zweite Ausgleichsmöglichkeit! Teichgräber bleibt im Kampf um den Ball mit der norddeutschen Deckung Sieger und zieht in rasantem Lauf die Linie entlang. Müller, Nords langjähriger Repräsentativer in der Verteidigung, wird elegant umspielt. Der Ball wandert schußgerecht in die ungedeckte Mitte. Die Frage kann nur sein, wer von den Dreien diese Glanzleistung durch den Torschuß krönt. Allzu große Unentschlossenheit im Schießen macht auch diese Chance zunichte. Der rechte Läufer Norddeutschlands, übrigens eine große Zukunftshoffnung, nimmt Reißmann den Ball vom Fuß. —

Schon im nächsten Augenblick das gleiche Bild vor dem mitteldeutschen Tor. Nach unglücklicher Abwehr Kühnels steht die halbrechte Verbindung des Nordens allein Kagemann gegenüber. Den Scharfschuß Warneckes — und der kann schießen! — lenkt Kagemann in unnachahmlicher Manier buchstäblich mit den äußersten Fingerspitzen um den Pfosten: eine bravouröse Leistung des Hallensers.

Die dramatische Spannung der ersten Viertelstunde erreicht mit dem nächsten Augenblicksbild ihren Höhepunkt. Wittig wirft sich dem vorstürmenden Rechtsaußen der Gastgeber entgegen und bringt diesen in bedauerlich unfairer Weise zu Fall. Spielunterbrechung — —. Sommer, der norddeutsche Rechtsaußen, wird vom Platz getragen. Den nachfolgenden Strafstoß gibt der Halbrechte Nords zu dem unbegreiflicherweise in günstigster Schußstellung ungedeckt gebliebenen Halblinken Wolpers. Eine kurze Wendung, ein Tick — und dem Gästetorwart bleibt nur die Möglichkeit, den Ball aus dem Netz zu holen. Wieder war es Nord gelungen, durch einen Strafstoß sein Torkonto auf

2:0

zu erhöhen nach 17 Minuten Spielzeit.

Der weitere Kampfverlauf, den Nord bis zum Schluß mit 4 Stürmern durchzuhalten gezwungen ist, sieht die Gäste in immer neuen Vorstößen, und immer wieder scheitert der technisch auf beachtlicher Höhe stehende Jungsturm an dem norddeutschen Schlußdreieck. In dieser Periode wird durch die körperlich kräftigeren und größeren, an taktischen Belangen und Kampfspielerfahrung dem mitteldeutschen Sturm naturgemäß überlegenen Verteidiger — beide spielten schon mehrfach international — der 2:0-Vorsprung gehalten und damit der Sieg entschieden.

Teichgräber umspielt nacheinander Lang und Müller. Sein Schuß landet im Aus. Derselbe Spieler tritt die erste Ecke fein vor des Nordens Tor. Der Abwehrkopfstoß Müllers bringt den Ball zu Carl, der sofort an den günstiger spielenden Soehner abspielt. Aber auch dessen Schuß liegt zu weit links neben dem Pfosten.

Der erste Strafstoß gegen Nord — wegen harten Spiels Warneckes — gibt wieder Gelegenheit, den norddeutschen Vorsprung zu verringern. Der schwere Schuß Hofmanns-Meerane prallt von einem Verteidiger ab. In dem anschließenden Gewühl klärt der norddeutsche Torwart in höchster Bedrängnis durch Fußabwehr.

Dann reißen kurz hintereinander zwei

Bravourleistungen Kagemanns

die Zuschauer zu spontanen Beifallskungebungen hin. Der rassig spielende Schlußmann weiß durch zweckmäßiges Herauslaufen beide Male schier unvermeidliche Tore zu verhindern, indem er einmal nach blitzschnellem Durchspiel Warnecke—Horn—Wolpers diesem den Schußwinkel abschneidet und das andere Mal nach einer halbhoch durchgegebenen Vorlage des norddeutschen Mittelläufers dem Westdeutschen Horn im allerletzten Moment den Ball vom Fuß nimmt.

Im nächsten Augenblick ist indes auch seine Kunst machtlos. Eine Steilvorlage seines Mittelstürmers nimmt Wolpers geschickt auf und verwandelt zum

3:0 für Nord.

Noch ein ungemein schnelles Durchspiel des linken mitteldeutschen Flügels, das mit einem Schuß Hofmanns-Meerane ins Aus unglücklich abschließt, — und es ertönt der Halbzeitpfiff.

In der zweiten Spielhälfte drängt Mitteldeutschland unentmutigt auf den —

immer noch möglichen Sieg.

Drei Plustore gegen einen durch den Ausfall eines Stürmers stark gehandicapten Gegner können aufgeholt werden. Das unverwüstliche Temperament des gesamten Sturms mit einer das Mittelfeld durch Eifer und — leider auch! — Härte beherrschenden Läuferreihe als Rückhalt läßt die Hoffnungen immer wieder aufleben. Die Gäste drängen — und drängen. — Hofmann schießt — Blunck hält. Reißmann, Soehner, ja auch Carl versuchen im Torschuß — aber der Ball landet entweder im Aus, oder die Schüsse liegen zu hoch. Da macht Lang im Strafraum Hand. Den

Elfmeterschuß

führt Carl aus. Mit einer kurzen Körperwendung ist Blunck über die Schußrichtung getäuscht, und unhaltbar geht der Strafstoß unmittelbar neben dem rechten Pfosten, nicht sonderlich scharf, aber abgezirkelt placiert getreten, ins Tor.

Wittigs mehr als notwendig rücksichtsloses Spiel setzt Wolpers auf halbe Kampfkraft. Mittels Aussichten werden günstig — günstiger — am günstigsten! Besonders als in der 35. Minute der zweiten Spielhälfte der Linksaußen fein in die Mitte flankt, und — war es Hofmann oder Soehner? — ein scharf placierter Kopfball neben Blunck ins Tor des Nordens geht. Die Partie steht nur noch

3:2!!

für Nord. Noch 10 Minuten. — Schafft die Gästemannschaft den Ausgleich — — das ist die allgemeine Meinung — so bedeutet das für sie den Sieg in der Verlängerung. Beide Gegner fühlen diesen Einsatz, um den jetzt der Endspurt einsetzt.

Norddeutschlands Linksaußen zieht aus Abseitsstellung bald nach Wiederanstoß mit einer langen Vorlage auf und davon. Zusammen mit seinem Torschuß, der übrigens unhaltbar zwischen die Pfosten geknallt wird, ertönt mit reichlicher Verspätung der Abpfiff des Unparteiischen. Das Tor wird richtigerweise nicht anerkannt.

Und wieder liegt Nord vor Kagemanns Tor. Horn hat die nervös gewordene Verteidigung überlaufen; aus 10 Meter Entfernung jagt er einen Bombenschuß auf den Kasten. Kagemann springt in die Flugbahn und schlägt den schweren Ball im Fallen weit in das Feld zurück: von allen guten Leistungen dieses Mannes wohl die beste!

Noch ein mitteldeutscher Angriff, der durch den Pfiff des Schiedsrichters in günstigstem Stand unterbunden wird durch eine Rempelei Langs. Teichgräber kann sich ein Wort der Kritik nicht versagen und muß wegen dieser menschlich vielleicht nicht unbegreiflichen Undisziplinierheit das Feld verlassen auf schiedsrichterliches Geheiß. Zusammen mit der Ausführung des Strafstoßes ertönt dann der Schlußpfiff, der einen glücklichen, angesichts der erschwerten Umstände, unter denen er erkämpft wurde, aber nicht unverdienten Sieg des Nordens sicherte.

Handelsnachrichten

Die Deutsche Bank zur Börsen- und Geldmarktlage

Im Januarheft ihrer Wirtschaftlichen Mitteilungen gibt die Deutsche Bank ein Bild von der Entwicklung des Berliner Börsengeschäfts in den ersten Januar-Wochen 1927. Wir entnehmen diesem Artikel folgende Ausführungen:

Im neuen Jahre hat die Aufwärtsbewegung der Kurse nach dem leichten Rückgang in der ersten Dezemberhälfte wieder sehr erhebliche Fortschritte gemacht. Der Durchschnittskurs aller an der Berliner Börse gehandelten Aktien war am 10. Januar um 15 Punkte höher als am entsprechenden Dezembertermin und übertrifft den von uns errechneten Höchstkurs im Jahre 1926 um 7 Punkte. Besonders kräftig war in der abgelaufenen Berichtszeit die Steigerung der meisten Bankaktien, und ebenso waren die Kurserhöhungen auf dem Kassamarkt außerordentlich. Für den Verlauf der Börsen ist in erster Linie die überaus leichte Gestaltung des Geldmarktes ausschlaggebend gewesen und weniger Momente, von denen sonst erfahrungsgemäß starke psychologische Wirkungen ausgehen können. Die Regierungskrise hat nicht hemmend auf die Haussebewegung eingewirkt. Ebenso hat die rapide Zunahme der Erwerbslosigkeit im Monat Dezember nicht weiter beunruhigend auf die Börse eingewirkt. In einem offiziellen Kommentar ist darauf hingewiesen worden, daß es sich um eine saisonmäßige Verschlechterung des Arbeitsmarktes handle, und die Statistik der Freien Gewerkschaften zeigt ebenfalls, daß die Zunahme der Erwerbslosigkeit noch keinen entsprechenden Schluß auf den Konjunkturverlauf zuläßt. Allerdings führen andere Konjunkturmerkmale zum Schluß, daß ein Aufschwung der Wirtschaft noch nicht auf der ganzen Linie eingesetzt hat. So weisen die Umsatzsteuer (die allerdings das eigentliche Weihnachtsgeschäft noch nicht einschließt) für Dezember einen leichten Rückgang auf, ebenso die Wagengestellung der Reichsbahn, während die Einkommensteuer aus Lohnabzügen erheblich gestiegen ist. Der um 5,5 Punkte gestiegene Großhandelsindex ist diesmal als Konjunkturzeichen nicht zu verwerten, weil er auf einer Grundlage festgestellt ist. Das recht gute Weihnachtsgeschäft, noch mehr vielleicht die rege Kauflust im Zeichen der Inventurausverkäufe haben aber doch recht deutlich die aufsteigende Linie als Grundtendenz des eigentlichen Wirtschaftsverlaufs gezeigt. Aus diesem Weihnachtsgeschäft und den Ausverkäufen mögen recht bedeutende Summen dem Geldmarkt zugeflossen sein, abgesehen davon, daß derzeit die öffentlichen Kassen durch Steuerfälligkeiten kräftig gespeist werden. Diese Flüssigkeit des Geldmarktes für kurzfristige Anlagen hält nun die Wechsel von der Reichsbank fern und gibt ihr daher Veranlassung, durch Herabsetzung des Diskontsatzes zu versuchen, größere Beträge in ihr Portefeuille zu leiten. Obwohl diese Maßnahme nicht unerwartet kam, hat sie doch anregend gewirkt, namentlich auf dem Markte der festverzinslichen Werte, wo in Pfandbriefen und Anleihen ausgesprochene Materialknappheit herrscht. Daß der Lombardsatz der Reichsbank nicht gleichzeitig herabgesetzt wurde, hat seinen Grund in dem Bestreben, der Effektenspekulation keine Unterstützung zuteil werden zu lassen. Weder der moralische Eindruck einer durch eine solche negative Maßnahme bekräftigten Ansicht noch die tatsächlich teuren Bedingungen, die der Spekulation bei Prolongationen von Engagements auferlegt werden, haben jedoch ihr Ausmaß reduzieren können. Es zeigt sich also, daß die Meinung von einer entscheidend gebesserten Wirtschaftslage sehr verbreitet und gefestigt ist.

Diskontermäßigung der schwedischen Reichsbank. Nach einer Meldung aus Stockholm beabsichtigt die schwedische Reichsbank, per 1. Februar 1927 den Diskont von 4½ auf 4 Prozent herabzusetzen.

14 Mill. Rm. Anleihe der Stadt Düsseldorf. Der nächsten Stadtverordnetenversammlung wird vorgeschlagen, zum Zwecke der Finanzierung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms eine Anleihe in Höhe von 14 Mill. Rm. aufzunehmen.

Kapitalserhöhung bei der Hamburger Hochbahn? Wie der „Hamburgische Correspondent" wissen will, schweben in den Verwaltungskreisen der Hamburger Hochbahn A.-G. über eine Erhöhung des Aktienkapitals Verhandlungen. Das Ausmaß dieser Erhöhung steht noch nicht fest. Da eine Bestätigung aus Verwaltungskreisen noch nicht zu erhalten war, ist auch die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß es sich nicht um eine Kapitalserhöhung, sondern um die Aufnahme einer größeren Anleihe handelt. Die Börse hat bekanntlich in der letzten Zeit die Aktien der Hamburger Hochbahn höher bewertet.

Weitere Schiffsbestellungen für die Hapag. Die Hapag hat bei der Schichau-Werft in Danzig ein 9000-Tonnen-Motorschiff in Auftrag gegeben, ein weiteres Motorschiff beim Bremer-Vulkan und einen Dampfer bei der Flensburger Schiffbau-Gesellschft. Es sind jetzt also acht Schiffe bestellt, davon 3 Motorschiffe bei der Deutschen Werft, 2 bei dem Bremer-Vulkan, 1 bei Schichau in Danzig und 2 Dampfer bei der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft. Alle Schiffe sind etwa 9000 Tonnen groß. Zwei der Schiffe sind für die West-Indien-Fahrt, zwei für die Westküste Nord-Amerikas und vier für die Austral-Fahrt bestimmt.

Der Konkurrenzkampf in der Elbe-Schiffahrt beginnt. Der nach dem Scheitern der Frachtkonventionsverhandlungen in der Elbe-Schiffahrt erwartete Konkurrenzkampf zeigt bereits seine ersten Auswirkungen. Die neue deutsch-böhmische Elbeschiffahrts A.-G. hat gestern beschlossen, einen Schnellverkehr von Hamburg direkt nach Riesa und Dresden zu Schleppersätzen einzurichten.

Deutsch-Niederländische Telegraphen-Gesellschaft A.-G. in Köln. Die ao. H.-V., in der 99 Aktionäre ein A.-K. von 297 200 Rm. vertraten, genehmigte den bekannten Fusionsvertrag mit der Deutsch-Atlantischen Telegraphen-Gesellschaft in Berlin.

Branntweinerzeugung und -Absatz im Dezember 1926. Im Dezember 1926 wurden zusammen 240 554 Hektoliter Weingeist hergestellt. Davon entfielen 220 640 Hektoliter auf Eigenbrennereien und 19 914 Hektoliter auf Monopolbrennereien. Die Bestände der Reichsmonopolverwaltung an unverarbeitetem Branntwein beliefen sich am Beginn des Monats auf 751 040 Hektoliter. Da der Gesamtzugang 216 209 Hektoliter, der Gesamtabgang dagegen 230 593 Hektoliter ausmacht, verringerten sich die Bestände am Schluß des Monats auf 738 656 Hektoliter. In Eigenlagern waren Ende Dezember 1926 16 914 Hektoliter vorhanden.

Porzellanfabrik Fraureuth

Um die in den Inflationsjahren zu Weltruf gelangte Porzellanfabrik Fraureuth sieht es trübe aus. Der ganze Marktflecken Fraureuth ist wirtschaftlich schwer erschüttert. Und die Aussichten auf Wiederinbetriebnahme des Riesenwerkes sind weiterhin noch ganz unklar. Man hatte bestimmt auf das Frühjahr 1927 gehofft, aber alle 24 Verkaufsverhandlungen, die bisher gepflogen wurden, scheiterten merkwürdigerweise immer kurz vor ihrem Abschluß. Nun hat sich, wie bereits mitgeteilt, eine neue Gläubigerversammlung am Sonnabend abermals mit dem jetzigen Stande des Konkurses befaßt. Dabei kam zum Ausdruck, daß der schwerste Fehler in der kritischen Zeit der gewesen ist, daß der Konkurs zu spät angemeldet wurde. Den einstigen Generaldirektor Singer treffen böse Vorwürfe. Er ist eine spekulative Natur gewesen, aber seine Spekulation ging fehl. Trotzdem stellt er jetzt Ansprüche über 100 000 Mark und scheint auch vor dem Prozessieren nicht zurückzuschrecken. Dabei ist jetzt schon so gut wie sicher, daß im günstigsten Falle die Löhne und Gehälter gedeckt werden können, alle anderen Forderungen aber, soweit sie nicht hypothekarisch gedeckt sind, ausfallen werden. Bis jetzt stellen sich die Gerichtskosten einschließlich der Geschäftsaufsicht schon auf etwa 80 000 Mark. An Löhnen und Gehältern konnten bisher 75 Prozent ausgezahlt werden. Eine neue Zahlung ist zunächst nicht zu erwarten. Die Gemeinde Fraureuth hat an Steuern und Lohnforderungen noch 56 000 Mark zu bekommen, weiter 4600 Mark Gemeindeforderungen und 15 000 Mark für die Sparkasse. Die 50 Pfändungen sind bis auf drei erledigt.

Aus dem Verkauf der Vorräte ist nicht das eingegangen, was man erhofft hatte. Freigegeben sind alle Vorräte, auch das Hauptlager, das Kobaltporzellan. Die Musterlager in Leipzig, Berlin und Dresden sind so gut wie vollständig verkauft, ebenso in Wallendorf, wo das Kunstporzellan hergestellt wurde. Die Auslandslager aber, die zum Teil ziemlich groß sind, müssen als verloren angesehen werden. Solche Lager bestanden in Italien, Schweden und in Südamerika. Eigene Lager unterhielt auch der Generaldirektor. Ein Aktionär in München verlangte vom Gericht die Haftbarmachung des Aufsichtsrates für allen Schaden. Das ist aber nicht Sache des Konkursgerichtes, sondern der Geschädigten selber. In den günstigen Zeiten der Porzellanfabrik war das Vertrauen in die gute Weiterentwicklung so groß, daß ein in Börsendingen stets besonders gut unterrichteter Justizrat sein ganzes Vermögen von 350 000 Mark in Porzellanfabrikaktien anlegte und verlor. Aufträge lagen auch massenhaft vor, aber die Singersche Spekulation auf den Mißerfolg der Rentenmark erwies sich als falsch und damit war die Porzellanfabrik Fraureuth verspekuliert. Trotz der in 20 Fällen erfolglosen Verkaufsverhandlungen, will man jetzt noch einen Versuch machen zum freihändigen Verkauf. Deshalb ist auch der Antrag der Angestelltenversicherung, die 444 000 Mark erhält und damit zum Teil an erster Stelle hypothekarisch gedeckt ist, auf Zwangsversteigerung einstweilen sistiert worden. Ob es gelingen wird, das Werk im ganzen zu verkaufen, ist sehr fraglich. Die an zweiter Stelle stehende Hypothekargläubigerin, die Internationale Handelsbank, wird immer noch als Hauptinteressent genannt. So viel ist jetzt schon zu übersehen, daß selbst bei einem leidlich günstigen Verkauf alle Forderungen ausfallen, bis auf die Lohn- und Gehaltsforderungen und die hypothekarisch gedeckten Forderungen. Das allgemeine Bild ist also auch weiterhin recht trostlos und ob der hart bedrängte Ort Fraureuth bald wieder wird aufatmen können, läßt sich schwer sagen.

Generalversammlungen

22. Januar:

A.-G. Bürgerliches Brauhaus Ingolstadt, Ingolstadt — ord. 10½ Uhr. — Eisenwerk Schafstädt, Friedrich Schimpff u. Söhne A.-G., Schafstädt — ord. 3 Uhr, Geschäftslokal. — Flender A.-G. für Eisen-, Brücken- und Schiffbau in Benrath — außerord. 10½ Uhr, Geschäftslokal. — Fr. Hesser, Maschinenfabrik A.-G., Stuttgart-Cannstadt — ord. 11½ Uhr, Geschäftslokal.

24. Januar:

Westfälische Eisen- und Drahtwerke A.-G., Werne bei Langendreer — ord. 4 Uhr, Düsseldorf.

25. Januar:

Adler-Brauerei, Köln-Ehrenfeld — ord. 12 Uhr, Köln. — Brauerei Henninger-Kempf-Stern A.-G., Frankfurt a. M. — ord. 11 Uhr, Geschäftslokal. — Deutsche Ton- und Steinzeug-Werke A.-G., Berlin-Charlottenburg — außerord. 12½ Uhr, Dresden. — Miltenberg u. Kriete A.-G. in Liqu., Bremen — außerord. 11 Uhr, Bremen. — Pfälzische Nähmaschinen- und Fahrräder-Fabrik vorm. Gebrüder Kayser, Kaiserslautern — ord. 11 Uhr, Kaiserslautern.

26. Januar:

Aktienbrauerei zum Hasen, Augsburg — ord. 11 Uhr, Augsburg. — Bast A.-G., Nürnberg — ord. 12 Uhr, Geschäftslokal. — Deutsche Continental Gas-Gesellschaft, Dessau — außerord. 1¼ Uhr, Geschäftslokal. — Friedrich Friedrich Thomée A.-G., Werdohl — ord. 5 Uhr, Werdohl.

27. Januar:

Aktien-Brauerei Neustadt-Magdeburg — ord 12 Uhr, Magdeburg. — Badische Uhrenfabrik A.-G., Offenburg — ord. 2½ Uhr, Geschäftslokal. — Berliner Bankverein A.-G., Berlin — ord. 12½ Uhr, Geschäftslokal. — Eßlinger Brauereigesellschaft A.-G., Eßlingen am Neckar — ord. 12 Uhr, Eßlingen. — Pantherwerke A.-G., Braunschweig — ord. 5 Uhr, Baunschweig.

28. Januar:

A.-G. Düsseldorfer Eisenbahnbedarf vorm. Carl Weber u. Co., Düsseldorf — ord. 3 Uhr, Düsseldorf. — Bayerische Aktien-Bierbrauerei Aschaffenburg, Aschaffenburg — ord. 12 Uhr, Frankfurt a. M. — Dortmunder Aktien-Brauerei, Dortmund — 4½ Uhr, Geschäftslokal. — Hofbrauhaus Hanau vorm. G. Ph. Nicolay A.-G., Hanau — ord. 10 Uhr, Frankfurt a. M. — Maschinenfabrik Esterer A.-G., Altötting (Bayern — ord. 11 Uhr, München. — Vereinigte Freiburger Uhrenfabriken A.-G. inkl. vorm. Gustav Becker, Freiburg in Schl. — ord. 11 Uhr, Breslau. — Vereinigte Kapselfabriken Nackenheim-Beyerbach Nachf. A.-G., Nackenheim a. Rh. — ord. 4½ Uhr, Frankfurt a. M. — Vereinigte Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhütten A.-G., Köln-Deutz. — Viktoria Werke A.-G., Nürnberg — ord. 11 Uhr, Geschäftslokal. — Würtembergische Hypothekenbank, Stuttgart — außerord. 10 Uhr, Geschäftslokal.

29. Januar:

A.-G. Hackerbräu, München — ord. 10 Uhr, München. — Dortmunder Ritterbrauerei A.-G., Dortmund — ord. 12 Uhr, Dresden. — Deutsche Babcock und Wilcox Dampfkessel-Werke A.-G., Berlin — ord. 1 Uhr, Berlin. — Maschinenbau-Anstalt Kirchner u. Co. A.-G., Leipzig-Sellerhausen — ord. 10 Uhr, Geschäftslokal. — Mechanische Weberei zu Linden, Hannover-Linden — außerord. 12½ Uhr, Hannover. — Ostwerke A.-G., Berlin — ord. 11 Uhr, Schultheiß-Patzenhofer Brauerei A.-G., Berlin. — Schultheiß-Patzenhofer Brauerei A.-G., Berlin — ord. 10 Uhr, Geschäftslokal. — Verein Chemischer Fabriken A.-G. in Liqu., Zeitz — ord. 12 Uhr, Berlin W.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Leiter der Redaktion: Adolf Lindemann.
Verantwortlich für Politik: Adolf Lindemann; für Lokales, Kunst und Unterhaltung: Dr. Erich Gellheim; für Volkswirtschaft und Sport: Dr. Hans Henningsen; für Mitteldeutschland und den allgemeinen Teil: Dr. Hans-Ulrich Reinicke. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle. — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr, übrige Schriftleitung 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 61, Blücherstraße 12. Leitung: Alfred W. Kames.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192701192-16/fragment/page=0004